



Gemeindeamt

A-6764 Lech am Arlberg - Vorarlberg

Telefon 05583/2213, Telefax 2213-290

Verhandlungsschrift über die 5. Sitzung der Gemeindevertretung am 25. Januar 2021 im sport.park.lech

Lech, am 25. Januar 2021
Zahl 004-1 /2021 - 1517705 kgr
Auskunft Mag. Elmar Prantauer
elmar.prantauer@gemeinde.lech.at

Beginn:	17.00 Uhr
Anwesend:	
Vorsitzender:	Bürgermeister Stefan Jochum (Unser Dorf)
Anwesende Gemeindevertreter/innen:	
Liste Lech:	Gemeinderat Wolfgang Huber, Gemeinderat Johannes Pfefferkorn, Peter Scrivener, Gerhard Lucian, Michael Zimmermann, Martin Schneider, Heidrun Huber, Mag. Benedikt Walch
Entschuldigt:	Mag. Isabell Wegener
Unser Dorf:	Gemeinderat Mag. Thomas Egger, Clemens Walch, Stefan Muxel, Sandra Jochum
Zusammen uf Weg:	Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser, Bernd Fischer, Mag. Bruno Strolz, Dr. Gregor Hoch
Zukunft wagen:	Brigitte Finner Mag. Reinhard Wolf als Auskunftsperson
Schriftführer:	Mag. Elmar Prantauer

Tagesordnung

- 1) Genehmigung der Verhandlungsschrift über die 4. Sitzung am 11.01.2021
- 2) Präsentation des Konzeptes zur technischen und rechtlichen Umsetzung des Livestreams von Gemeindevertretungssitzungen und Beschlussfassung
- 3) Präsentation der verschiedenen Szenarien im Hinblick auf die Umsetzung des Gemeindezentrums
- 4) Allfälliges

Bürgermeister Stefan Jochum stellt fest, dass sämtliche Gemeindevertreter/innen zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurden und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Er weist darauf hin, dass auf Grund der derzeitigen Situation im Hinblick auf COVID-19 die Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit

stattfindet. Es gibt eine Empfehlung des Gemeindeverbandes, die Möglichkeit der Bestimmung auf Grund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 zu nützen, wonach die Sitzungen der Gemeindevertretung ausgenommen die Behandlung des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten werden können. Diese Vorgangsweise wurde mit allen Fraktionen abgestimmt.

Beratungen und Beschlüsse

1) Genehmigung der Verhandlungsschrift über die 4. Sitzung am 11.01.2021

Bürgermeister Stefan Jochum stellt fest, dass bisher weder mündlich noch schriftlich Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift über die 4. Sitzung der Gemeindevertretung vom 11.01.2021 eingebracht wurden. Mag. Benedikt Walch bringt vor, dass unter Tagesordnungspunkt 5. Elias Beiser zu einer Frage betreffend Finanzierungslücke zwischen dem Finanzbedarf und der abgeschlossenen Finanzierung von den Vertretern der RTG eine unzureichende Antwort bekommen hat.

Über eine Frage von Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser erklärt Bürgermeister Stefan Jochum, dass die Unterlagen der Präsentationen Beilagen der Verhandlungsschrift sind. Er erklärt, dass diese Beilagen dem Protokoll auf der Homepage angehängt werden.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Verhandlungsschrift über die 4. Sitzung der Gemeindevertretung vom 11.01.2021 mit der von Mag. Benedikt Walch vorgebrachten Ergänzung zu genehmigen.

2) Präsentation des Konzeptes zur technischen und rechtlichen Umsetzung des Livestreams von Gemeindevertretungssitzungen und Beschlussfassung

Bürgermeister Stefan Jochum berichtet, dass in der letzten Gemeindevertretungssitzung beschlossen wurde, die Möglichkeit einer Livestream-Übertragung der Gemeindevertretungssitzungen zu testen. Den Gemeindevertretern/innen wurde über einen Link das Ergebnis des Testlaufs zur Verfügung gestellt. Hinsichtlich der Tonqualität konnte ein sehr gutes Ergebnis erzielt werden. Die Videosequenzen sind noch nicht ideal, wobei man eine Kamera mit besserer Bildauflösung verwenden wird. Es wurde eine rechtliche Abklärung durchgeführt, wobei es zur vorgesehenen Umsetzung keine rechtlichen Bedenken gibt. Die technische Umsetzung soll derart erfolgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von Lech, die eine öffentliche Gemeindevertretungssitzung der Gemeinde Lech via Livestream verfolgen wollen, sich über die Homepage der Gemeinde Lech anmelden können und daraufhin einen Link zur Anmeldung zugeschickt bekommen. Dort können sie sich mit Passwort und zwei zusätzlichen Sicherheitsabfragen registrieren lassen. Mit einem Passwort ist nur ein Zugang möglich. Der Zugang wird registriert, sodass nachvollziehbar ist, wer sich eingeloggt hat. Die Gesamtkosten für die präsentierte Lösung von der Firma Stage Work belaufen sich auf maximal netto EUR 1.000,00 pro Sitzung. Es wäre nun vorgesehen, einen Beschluss über Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 46 Abs. 1 des Gemeindegesetzes zu fassen und die präsentierte Lösung der Firma Stage Work die nächsten sechs Monate zu verwenden, um dann Evaluierungen vornehmen zu können.

Gemeinderat Wolfgang Huber gibt zu bedenken, dass nicht sichergestellt werden kann, dass Zugänge weitergeleitet werden und die Kosten dieses Systems in Zeiten, wo eine Haushaltskonsolidierung erforderlich ist, sehr hoch sind. Im Übrigen sei er davon überzeugt, dass eine Livestream-Übertragung von Gemeindevertretungssitzungen für die Qualität der Diskussion nicht förderlich ist.

Bernd Fischer bringt vor, dass er die Mietlösung hinsichtlich Kosten problematisch sieht und es sinnvoller wäre, eine fixe Anlage anzuschaffen, die dann auch im neuen Gemeindezentrum verwendet werden kann. Er glaubt, dass sich durch eine Livestream-Übertragung der Sitzungen die Gesprächskultur verbessert.

Über eine Frage von Gemeinderat Johannes Pfefferkorn erklärt Bürgermeister Stefan Jochum, dass jeder Zugang registriert wird und man nachvollziehen kann, wer sich eingeloggt hat. Er erklärt, dass die Stadt

Bludenz und die Stadt Bregenz Sitzungen bereits öffentlich übertragen und auch andere Gemeinden in Vorarlberg dabei sind, Übertragungen von Gemeindevertretungssitzungen umzusetzen, wobei Bludenz und Bregenz die Übertragungen von Gemeindevertretungssitzungen für jeden offen und zugänglich machen.

Brigitte Finner erklärt, dass mit den Städten Bludenz, Bregenz und Innsbruck Kontakt im Hinblick auf Livestream-Übertragungen der Sitzungen aufgenommen und dabei rückgemeldet wurde, dass damit gute Erfahrungen gemacht werden und die Gesprächskultur besser wird, da man sich gegenseitig mehr zuhört und die Übertragung von Sitzungen im Zeitalter der Digitalisierung jedenfalls sinnvoll ist.

Über eine Frage von Dr. Gregor Hoch teilt Bürgermeister Stefan Jochum mit, dass von verschiedenen Anbietern Angebote eingeholt wurden. Dr. Gregor Hoch erklärt, dass man die Liveübertragung der Gemeindevertretungssitzungen einführen soll und er glaubt, dass es für die Diskussionen einen positiven Einfluss haben wird. Er regt an, eine möglichst kostensparende Lösung anzustreben.

Clemens Walch weist darauf hin, dass die Bürger ein Recht auf Information haben und durch eine Livestream-Übertragung das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger gefördert und gestärkt wird. Es wird eine Lösung geben, die hinsichtlich der Kosten jedenfalls vertretbar sein wird.

Mag. Benedikt Walch weist darauf hin, dass es technisch nicht ausgeschlossen werden kann, dass Livestream-Übertragungen aufgezeichnet werden und mit Sicherheit davon ausgegangen werden muss, dass Aufzeichnungen Medienhäusern zugespielt werden. Er glaubt, dass sich die Gesprächskultur nur bei der Beratung von angenehmen Angelegenheiten verbessern wird und befürchtet, dass unangenehme bzw. unpopuläre Angelegenheiten nicht mehr ehrlich diskutiert werden.

Brigitte Finner erklärt, dass sie sich viel mit Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt und eine gute Kommunalpolitik sich dadurch auszeichnet, dass schwierige Themen höflich und sachlich angesprochen werden und diese Art der Gesprächskultur erlernt werden kann.

Stefan Muxel bringt vor, dass es jetzt wichtig ist einen Grundsatzbeschluss zu fassen und die präsentierte Lösung die nächsten sechs Monate umgesetzt wird und eine Evaluierung vorgenommen und mögliche Varianten zur Umsetzung besprochen werden können.

Heidrun Huber erklärt, dass sie in letzter Zeit vermehrt Sitzungen im Livestream verfolgt hat, wobei man beobachten könne, dass nur noch vorbereitete Beiträge vorgebracht werden und keine ehrliche Diskussion mehr stattfindet. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass auf Lech als internationalem Tourismusort besonders geschaut wird und nicht ausgeschlossen werden kann, dass Sequenzen herausgefiltert und negative Schlagzeilen produziert werden.

Gemeinderat Johannes Pfefferkorn weist darauf hin, dass in großen Städten, wo die Sitzungen übertragen werden, professionelle Politiker agieren, die in solchen Dingen geschult und erfahren sind und man die Gemeindevertretung eines Dorfes nicht mit dem Nationalrat oder Landtag vergleichen kann.

Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser erklärt, dass sie dies als Investition in Bürgernähe und Abbau von Barrieren sieht und für sie jedenfalls klar ist, dass für alles was in einer Sitzung gesagt und entschieden wird, Verantwortung getragen werden muss. Hinsichtlich Gesprächskultur erklärt sie, dass dies ein Prozess sein wird, den man erlernen muss.

Nach eingehender Diskussion ersucht Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser namens der Fraktion „Zusammen uf Weg“ und der Fraktion „Zukunft wagen“ gemäß § 44 Abs. 3 des Gemeindegesetzes für die Genehmigung von Ton- und Bildaufnahmen für die Gemeindevertretungssitzungen eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

Bürgermeister Stefan Jochum erklärt, dass eine namentliche Abstimmung durchzuführen ist, wenn es von einem Viertel der Gemeindevertreter verlangt wird.

Bürgermeister Stefan Jochum stellt sodann den Antrag auf Genehmigung von Ton- und Bildaufnahmen für die Gemeindevertretungssitzungen, wobei eine namentliche Abstimmung durchgeführt wird und Bürgermeister Stefan Jochum, Gemeinderat Mag. Thomas Eggler, Sandra Jochum, Clemens Walch, Stefan Muxel, Brigitte Finner, Bernd Fischer, Dr. Gregor Hoch, Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser, Mag. Bruno Stolz dem Antrag zustimmen und Michael Zimmermann, Mag. Benedikt Walch, Peter Scrivener, Gemeinderat Johannes Pfefferkorn, Gemeinderat Wolfgang Huber, Heidrun Huber, Martin Schneider und Gerhard Lucian den Antrag ablehnen. Der Antrag ist somit mit einem Stimmenverhältnis von 10:8 angenommen. Die technische Umsetzung wird die nächsten sechs Monate - wie der Gemeindevertretung präsentiert - vorgenommen.

3) Präsentation der verschiedenen Szenarien im Hinblick auf die Umsetzung des Gemeindezentrums

Bürgermeister Stefan Jochum erklärt, dass sich die neu konstituierte Gemeindevertretung mit dem Thema Gemeindezentrum Lech intensiv auseinandergesetzt hat und es jetzt an der Zeit ist, Entscheidungen im Hinblick auf die weitere Vorgangsweise zur Umsetzung des Projektes Gemeindezentrum zu treffen. Seit der Beschlussfassung zur Umsetzung des Projektes haben sich die Rahmenbedingungen insofern geändert, als man sich derzeit auf Grund der Corona-Pandemie in einer weltweiten Krise befindet. Dadurch hat sich die finanzielle Situation der Gemeinde Lech und von manchen auch die Sichtweise im Hinblick auf das Projekt Gemeindezentrum Lech geändert. Bei der Beschlussfassung zur Umsetzung des Projektes wurde in der vorhergehenden Gemeindevertretungsperiode von üblichen Saisonen und damit den üblichen wirtschaftlichen Bedingungen des Tourismusortes Lech ausgegangen. Durch die gegebene Situation im Hinblick auf die Corona-Pandemie ist von geänderten Rahmenbedingungen auszugehen und ist es jetzt sehr wichtig, eine Lösung zu erarbeiten, die von den Fraktionen getragen werden kann. Es wäre wichtig, dass die Gemeindevertretung Einheit zeigt. Es gibt unterschiedliche Standpunkte und es sollte versucht werden, eine gemeinsame, gute Lösung für die Zukunft von Lech zu finden.

Bürgermeister Stefan Jochum stellt klar, dass er zum Projekt Gemeindezentrum Lech steht und sein Standpunkt jener ist, die Tiefgarage fertig zu bauen und das Verwaltungsgebäude zu errichten, wobei die Organisationsentwicklungsprozesse der Gemeinde Lech und der Lech Zürs Tourismus GmbH parallel dazu durchgeführt und in die Innengestaltung des Verwaltungsgebäudes einfließen sollen. Dadurch wird sowohl das Gebäude des Gemeindeamtes und das Gebäude der Lech Zürs Tourismus GmbH freigespielt und können diese Gebäude einer Nachnutzung zugeführt werden. Die Tiefgarage sollte jedenfalls so erstellt werden, dass sie plangemäß in Betrieb genommen werden kann. Bürgermeister Stefan Jochum erklärt, dass es unumstritten ist, dass das Kulturgebäude erforderlich ist und man alternativ überlegen sollte, das Kulturgebäude allenfalls später zu bauen und die dadurch gewonnene Zeit nützt um die Raumkonzeption des Gebäudes zu optimieren. Er ersucht um eine sachlich konstruktive Diskussion, wobei die finanziellen Ressourcen der Gemeinde Lech zu berücksichtigen sind.

Clemens Walch erklärt eingangs, dass es für diese komplexe Angelegenheit notwendig sein wird, einen Ausschuss Gemeindezentrum einzurichten.

Mag. Reinhard Wolf wurde für die heutige Sitzung als Auskunftsperson eingeladen, um Berechnungen von unterschiedlichen Szenarien und Varianten den Gemeindevertretern/innen zu präsentieren. Diese Berechnungen wurden letzte Woche einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern aller Fraktionen vorgestellt. Mag. Reinhard Wolf präsentiert und erläutert die angestellten Berechnungen zu den verschiedenen Varianten der Umsetzung des Projektes Gemeindezentrum Lech.

Über eine Frage wird erklärt, dass, wenn man die Garage in Betrieb nehmen will und das Kulturgebäude nicht erstellt, jedenfalls ein Ersatzgebäude errichtet werden muss, um die technischen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme der Tiefgarage herstellen zu können.

Über eine Frage erklärt Gemeinderat Johannes Pfefferkorn, dass gemäß Kreditvertrag die Finanzierung zweckgebunden ist, die Tranchen für die Kreditabrufung fixiert und die Zinsen zu zahlen sind.

Peter Scrivener erklärt, wenn man den Standpunkt vertritt, dass man das Kulturgebäude braucht, sei jedenfalls die günstigste Variante beide Gebäude im Rohbau wie beschlossen fertigzustellen, wobei man jetzt schon über die Innengestaltung der Gebäude nachdenken kann. Mit einem Stopp des Rohbaus werden nur Mehrkosten produziert.

Clemens Walch weist darauf hin, dass im Kulturgebäude auf Grund der vorliegenden Konzeption es zu Ablaufproblemen kommen wird und es noch einigen Nachbesserungen bedürfe, damit das Kulturgebäude errichtet werden kann.

Peter Scrivener erklärt dazu, dass die Konzeption des Kulturgebäudes in vielen Besprechungen mit verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitet wurde und es dazu naturgemäß unterschiedliche Meinungen gibt und dies auch legitim ist.

Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser weist darauf hin, dass sie in der Bevölkerung auf Grund der gegebenen Situation viele Ängste im Dorf wahrnimmt und im Hinblick auf die Wechselwirkung nach Außen hält sie es für schwierig, einfach so weiter zu machen als ob nichts wäre. Man solle daher einen Schritt zurück machen um ernsthaft in einem Beteiligungsprozess der Bürger über das Kulturgebäude nachzudenken.

Dr. Gregor Hoch erklärt, dass er den Ansatz die Gebäude hinzustellen und sich dann zu überlegen, was man daraus macht, als falschen Ansatz ansieht, da man dadurch keinen Spielraum gewinne, sondern der Spielraum genommen werde. Er weist darauf hin, dass ein Unternehmer in dieser Zeit niemals den doppelten Jahresumsatz in ein Projekt investieren würde. Aus Gesprächen von Stammgästen habe er entnommen, dass sich diese auf Grund des geplanten Projektes Sorgen um den Charakter des Dorfes Lech machen.

Michael Zimmermann erklärt, dass die Diskussion ehrlich zu führen ist und Corona nicht dazu verwendet werden soll, um das Projekt zu verhindern. Er erklärt, dass das Kulturgebäude mit dem vorgesehenen Raumprogramm einen Mehrwert für den Tourismus in Lech darstellt. Er bringt vor, dass man jetzt weiter bauen soll, um keine verlorenen Mehrkosten zu produzieren und allfällige Optimierungen des Projektes in einen guten Prozess gießen sollte.

Gerhard Lucian weist darauf hin, dass jede Änderung des Projektes Zeit und Geld kostet. Man habe sich mit diesem Projekt jetzt seit 20 Jahren beschäftigt und wurde die Umsetzung des Projektes in der letzten Periode von der Gemeindevertretung mit einer überwiegenden Mehrheit beschlossen. Er hofft darauf, dass die Krise schnellst möglich überwunden werden kann und man im November 2023 mit der Inbetriebnahme des Gemeindezentrums mit einem verbesserten Angebot gestärkt in die Zukunft schauen kann. Er weist darauf hin, dass einnahmenseitig die Zweitwohnsitze stärker zur Kasse gebeten werden sollen, da laut Berechnung derzeit ein Viersternebetrieb das 10-fache an Abgaben pro Bett an die Gemeinde zu leisten hat.

Gemeinderat Mag. Thomas Egger bringt vor, dass im Unterschied zum Verwaltungsgebäude durch den Rohbau des Kulturgebäudes 100 % der Funktion und der Abläufe des Kulturgebäudes festgelegt werden. Er verweist auf den Bericht über die Prüfung der Gebarung der Gemeinde Lech, insbesondere auf Aussagen betreffend erforderlicher Investitionen und Kostenüberschreitungen getätigter Investitionen sowie Aussagen zur Finanzierung des Gemeindezentrums Lech und erklärt, dass es seiner Ansicht nach zum jetzigen Zeitpunkt nicht verantwortbar ist, das komplette Projekt wie es beschlossen wurde weiterzubauen und das Kulturgebäude mit Kosten in Höhe von ca. EUR 21 Mio. umzusetzen.

Gemeinderat Johannes Pfefferkorn erklärt, dass er hinsichtlich Finanzierung Gespräche mit Vertretern der Landesregierung geführt hat, wobei diesen das budgetäre Problem der Gemeinde Lech auf Grund der Einnahmenausfälle bewusst ist. Es wurde erklärt, dass jedenfalls eine Haushaltskonsolidierung durchzuführen ist, wobei dringend abgeraten wurde bei der Umsetzung des Gemeindezentrums zusätzliche verlorene Kosten zu produzieren. Er erklärt, dass mit dem Verwaltungsgebäude ein Ersatz für

das derzeitige Gebäude der Lech Zürs Tourismus und das Gebäude des Gemeindeamtes geschaffen wird. Zum Thema Saal mit 700 Sitzplätzen bringt er vor, dass Veranstaltungen wie das Philosophicum Lech oder das Lech Classic Festival diese Sitzplatzanzahl benötigen und solche Veranstaltungen nach der Krise wohl wieder durchgeführt werden und es nicht zukunftsorientiert wäre, den Saal kleiner zu bauen wie es die bisher bereits in Lech stattgefundenen Veranstaltungen erfordern.

Hinsichtlich Abfolge der Beschlüsse erklärt er, dass der Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des geplanten Projektes Folgebeschlüsse ausgelöst hat, welche dann in der Abfolge der Bauphasen entsprechend zu fassen waren. Er bringt weiters vor, dass die grundsätzlichen Abläufe im Kulturgebäude durch die Lifterschließungen und Treppenschließungen aus der Tiefgarage festgelegt sind, jedoch beispielsweise die Situierung des Saales einen Stock tiefer seiner Ansicht nach ohne Auswirkungen auf den Rohbau machbar wäre. Er erklärt, dass alle Arbeiten, die bereits vergeben sind, wenn man sie später ausführt, Mehrkosten verursachen, die nicht tragbar sind, wenn man permanent von einer Haushaltskonsolidierung spricht. Er glaubt, dass es ein Signal für die Bevölkerung ist, dass die Gemeindevertretung an den Tourismusstandort Lech glaubt und nach der Krise mit einem zusätzlichen Angebot, wo man speziell in den Herbst hinein Saisonzeiten verlängern kann, gestärkt auftreten kann.

Bürgermeister Stefan Jochum erklärt, dass er mit dem Landeshauptmann Gespräche geführt hat und die finanzielle Situation der Tourismusgemeinden und im speziellen der Gemeinde Lech mit Sorge verfolgt wird, wobei bei einer guten abgestimmten Lösung für die Zukunft der Gemeinde Lech jedenfalls Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde.

Peter Scrivener geht auf den angesprochenen Bericht über die Prüfung der Gebarung der Gemeinde Lech ein und erklärt, dass er sich im Hinblick auf das Thema Schulsanierung wünschen würde, dass seitens der Gemeindevertretung eine Begehung in der Schule vorgenommen wird und sich jeder ein Bild über den Zustand der Schule machen kann. Zum Thema Schwimmbad erklärt er, dass das Schwimmbad ursprünglich mit EUR 3,6 Mio. budgetiert war und während der Bauphase in einer Klausur der Gemeindevertretung für gewisse Zusätze eine Budgeterhöhung auf EUR 4 Mio. beschlossen wurde. Zum Gemeindezentrum erklärt er die bautechnischen Erfordernisse, die entstehen, sollte das zweite Gebäude nicht gebaut werden und dadurch verlorene Mehrkosten produziert werden. Er erklärt, dass mit dem Bau des Projektes Gemeindezentrum Lech vor Corona begonnen wurde und man mitten im Projekt steht, wobei schon ca. die Hälfte des Budgets verbaut wurde. Um den bereits vergebenen Bauabschnitt Hochbau der zwei Gebäude fertigstellen zu können, fehlen noch ca. EUR 2 Mio., sodass, wenn man eine Nachdenkpause machen will, um Optimierungen vorzunehmen, es unternehmerisch sinnvoll wäre, diese nach Abschluss dieses Bauabschnittes im Herbst zu machen. Dann würden sich lediglich Mehrkosten auf Grund von Indexsteigerungen der Baukosten und der anfallenden Zinsen ergeben, die zumindest abschätzbar wären.

Martin Schneider bringt vor, wenn man das Kulturgebäude später baut, dann ist dies jedenfalls mit Mehrkosten verbunden. Er erklärt, dass alle bisher vorgebrachten Vorschläge jedenfalls nicht dazu dienen, Kosten zu sparen. Zum Raumprogramm erklärt er, dass man sich über viele Jahre in den Gemeindevertretungen Gedanken über das Raumprogramm gemacht hat.

Dr. Gregor Hoch bringt vor, dass er sich nicht sicher ist, ob die Lecher Bevölkerung dieses Projekt mit derselben Inbrunst will, wie man damals das Heizwerk wollte. Er glaubt daher, dass es wichtig wäre, einen kurzen Bürgerbeteiligungsprozess zu starten, um sicher zu stellen, was die Bevölkerung eigentlich will. Es sei wichtig, diese Frage in erster Linie zu klären.

Gerhard Lucian weist darauf hin, dass im Voranschlag 2021 die mittelfristige Finanzplanung noch einmal genau angeschaut gehört.

Bürgermeister Stefan Jochum erklärt dazu, dass in der Erstellung der mittelfristigen Finanzplanung sicherlich Verbesserungspotenzial gegeben ist und die Investitionsplanung in Zukunft in einer Budgetklausur im Herbst besprochen werden soll.

Über eine Frage von Mag. Benedikt Walch erklärt Mag. Reinhard Wolf, dass bei einem Baustopp des Kulturgebäudes für zwei Jahre jedenfalls Mehrkosten anfallen, wobei er in seiner Berechnung von Mehrkosten in Höhe von ca. EUR 7 Mio. ausgegangen ist.

Gemeinderat Mag. Thomas Egger erklärt, dass man in den nächsten 5 Jahren auf Grund der gegebenen Situation und des Totalausfalls der Wintersaison einen Konsolidierungsbedarf des Budgets von ca. EUR 16 Mio. haben wird. Vor diesem Hintergrund sei das Kulturgebäude nicht finanzierbar.

Stefan Muxel hält zusammenfassend fest, dass verschiedene Standpunkte der einzelnen Fraktionen zur weiteren Vorgehensweise in der Umsetzung des Gemeindezentrums vorliegen und es nun wichtig ist, in den einzelnen Standpunkten sich anzunähern, um gemeinsam eine gute Lösung für die Zukunft von Lech der Bevölkerung präsentieren zu können.

Gemeinderat Johannes Pfefferkorn erklärt, wenn man sich einig ist, dass man einen Saal, Räumlichkeiten für die Musikschule und Räumlichkeiten für die Trachtenkapelle braucht, dann liegt eine Basis vor, von der ausgegangen werden kann. Er glaubt, dass es die Pflicht der Gemeindevertreter ist, so wenig wie möglich zusätzliche Kosten zu produzieren. Wenn man jedoch jetzt in den Vergabebeschluss des Rohbaus eingreift, wird man Zusatzkosten produzieren, welche nicht genau abgeschätzt werden können. Es sollte im Konsens ein gutes Projekt für Lech angestrebt werden und so wenig wie möglich zusätzliche Kosten produziert werden.

Mag. Bruno Strolz erklärt, dass er aus der Diskussion entnimmt, dass es einen Konsens gibt, die Garage weiter zu bauen und das Verwaltungsgebäude zu errichten. Im Hinblick auf den Bau des Kulturgebäudes ergibt sich aus der laufenden Diskussion kein Konsens. Er spricht an, dass es hier um ein komplexes Thema geht und wenn man ein verifiziertes Zahlengerüst zu den Varianten vorliegen hat, auch versucht werden soll, die Stimme der Bevölkerung einzufangen, um einen breiten Konsens für eine Variante zu erzielen, welche dann umgesetzt werden kann. Es handelt sich um ein Projekt für die Zukunft von Lech.

Gemeinderat Wolfgang Huber erklärt, dass es grundsätzlich gut ist, die Bevölkerung in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen, wobei dies in dieser Phase sehr schwierig sein wird und man ein verfälschtes Bild bekommen könnte. Um zu einer Entscheidungsfindung zu kommen, wäre es wichtig, dass die einzelnen Fraktionen ihre Standpunkte klar darlegen.

Brigitte Finner erklärt, dass ihre Fraktion daran interessiert ist, dass das Verwaltungsgebäude unter Einbeziehung des Organisationsentwicklungsprozesses errichtet wird und auch eine Digitalisierungsstrategie im Projekt berücksichtigt gehört. Das Kulturgebäude sollte man sich noch einmal näher anschauen.

Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser erklärt, dass man über das Kulturgebäude noch einmal nachdenken und die Bevölkerung in einem Bürgerbeteiligungsprozess ohne Einfluss der politischen Stakeholder einbeziehen soll.

Clemens Walch bringt vor, dass an Hand der Tatsachen, die durch die Beschlüsse der vorherigen Gemeindevertretung geschaffen wurden man nun Entscheidungen zu treffen habe, die mit erheblichen finanziellen Belastungen des Gemeindebudgets verbunden sind. Die Umsetzung des beschlossenen Projektes bringe erhebliche finanzielle Auswirkungen mit sich, sodass man einen Aufschub des Kulturgebäudes mit einer schrittweisen Abarbeitung des Projektes zur bestmöglichen Schonung des Gemeindehaushaltes verfolgen sollte.

Martin Schneider erklärt, dass er in Gesprächen mit der Bevölkerung nicht wahrnimmt, dass man den Veranstaltungssaal nicht bauen soll. Er glaubt, dass man die Veranstaltungen, die man in Zukunft wieder machen kann, wichtig sind und ein großer Saal, wo die Sitzplätze mit mehr Abstand ausgeführt werden können, dabei hilfreich sein kann. Wenn man davon ausgeht, dass keine Veranstaltungen mehr möglich sind, dann muss man über das Thema Veranstaltungssaal nicht diskutieren. Er weist darauf hin, dass ein

Aufschub des Kulturgebäudes das Budget nur vorübergehend entlastet und wenn man das Gebäude später baut, dann ist dies mit zusätzlichen Kosten verbunden und muss jedenfalls im Budget abgebildet werden.

Brigitte Finner erklärt, dass es in jeder Diskussion Für und Wider für die verschiedenen Standpunkte gibt und man nun versuchen sollte, sich in der Diskussion anzunähern um eine Lösung in dieser Angelegenheit zu bekommen.

Michael Zimmermann hält fest, dass versucht werden muss, die angesprochenen Themen kompakter Bürgerbeteiligungsprozess, architektonische Umplanungen, Projektumsetzung ohne Mehrkosten unter einen Hut zu bekommen, um zeitnah eine Entscheidung treffen zu können.

Gemeinderat Johannes Pfefferkorn bringt vor, dass keine Fraktion angetreten ist, um das Gemeindezentrum nicht zu bauen und aufbauend darauf eine Lösung erzielt werden soll, wobei er darauf hinweist, dass es auch gute Argumente dafür gibt, zuerst das Kulturgebäude zu errichten.

Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser erklärt, dass man sich bei Durchführung eines Beteiligungsprozesses jedenfalls auf den Input des Prozesses verständigen muss. Es wird festgehalten, dass dies schnell angegangen werden muss.

Brigitte Finner erklärt, dass man in einem derartigen Prozess den Bürgern den Faktenstand vermitteln muss.

In der Diskussion wurden vermehrt Zweifel an den von den involvierten Experten präsentierten Zahlen zum Ausdruck gebracht, sodass vorgeschlagen wird, von einem unabhängigen Sachverständigen die Zahlen zu verifizieren um ein objektiveres Ergebnis vorliegen zu haben.

Nach eingehender Diskussion wird über Antrag von Bürgermeister Stefan Jochum mit 16 zu 2 Stimmen beschlossen, Wolfgang Elmenreich anzufragen, ob er die Verifizierung der Kostenberechnungen im Hinblick auf Umsetzungsvarianten Gemeindezentrum zeitnah vornehmen kann und wenn dies möglich ist, die Person Wolfgang Elmenreich als unabhängigen Sachverständigen in dieser Angelegenheit zu akzeptieren.

Vizebürgermeisterin Mag. Cornelia Rieser wird Erkundigungen über Möglichkeiten eines Bürgerbeteiligungsprozesses einholen.

4) Allfälliges

Hiezu erfolgen keine Wortmeldungen.

Gemäß § 47 Abs. 5 Gemeindegesetz steht es den Gemeindevertretern/innen frei, wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich, spätestens in der nächsten Sitzung Einwendungen zu erheben, worüber in dieser Sitzung zu beschließen wäre. Werden keine Einwendungen erhoben, gilt die Verhandlungsschrift als genehmigt.

Ende der Sitzung: 21.20 Uhr

Der Schriftführer


Mag. Elmar Prantauer



Der Bürgermeister


Stefan Jochum